

HAUPTSTADTFLUGHAFEN

# Fehlplanungen waren früh bekannt



Flughafen Willy Brandt

KLAUS DIETMAR GABBERT / DAPD

Den Eigentümern der Berliner Flughafengesellschaft, dem Bund sowie den Ländern Berlin und Brandenburg, waren bereits seit Mitte 2010 eklatante Planungsmängel beim neuen Hauptstadt-Airport bekannt. Der damalige Technikgeschäftsführer der Flughafengesellschaft, Manfred Körtgen, hatte auf der Sitzung des Aufsichtsrats am 25. Juni 2010 über „Schlechtleistungen“ der Planungsgemeinschaft Berlin-Brandenburg International (pg bbi) informiert. Diese seien vor allem hinsichtlich der Sicherheitstechnik und Gebäudeautomation so gravierend gewesen, dass eine Kündigung der Verträge im Unternehmen erwogen wurde. Allerdings, so sagt ein Insider, habe Körtgen auch darauf hingewiesen, dass im Fall einer Kündigung von pg bbi der Zeitplan für die Inbetriebnahme

des Flughafens Willy Brandt nicht einzuhalten sei. Der Aufsichtsrat unter dem Vorsitz von Berlins Regierendem Bürgermeister Klaus Wowereit stimmte wohl deswegen dem Vorschlag der Geschäftsführung zu, mit pg bbi weiter zusammenzuarbeiten. Ein Sprecher Wowereits bestätigt, dass über Kündigungsabsichten gesprochen wurde. Damals sei man aber zu dem Ergebnis gekommen, dass trotz der Probleme eine Trennung 2010 noch nicht zwingend war, weil auch mit der pg bbi der Flughafenbau erfolgreich und termingerecht abgeschlossen werden könnte. Das erwies sich als Irrtum: Knapp vier Wochen vor der geplanten Eröffnung am 3. Juni 2012 musste der Termin abgesagt werden – wegen mangelhaft geplanten Brandschutzes.

JUSTIZ

## Urlaubserinnerungen für Ermittler

Im Korruptions-Ermittlungsverfahren gegen den früheren Sprecher von Ex-Bundespräsident Christian Wulff, Olaf Glaeseker, darf die Staatsanwaltschaft auch Tagebücher von dessen Ehefrau auswerten. Das Landgericht Hannover wies eine Beschwerde von Vera Glaeseker gegen die Beschlagnahme der Unterlagen ab. Sie hatte argumentiert, die Bücher enthielten intime Informationen, die geschützt seien. Die Ermittler sind an den Unterlagen vor allem deshalb interessiert, weil sie Aufzeichnungen und Fotos von Urlauben enthalten sollen. Der Ex-Sprecher Wulffs steht im Verdacht, von Partymanager Manfred Schmidt mehrmals kostenlos mit seiner Frau nach Spanien und Südfrankreich eingeladen worden zu sein. Im Gegenzug soll Glaeseker Schmidts

Veranstaltungsreihe in seiner Rolle als Wulffs Sprecher „gefällig gefördert“ haben. Der Anwalt von Olaf Glaeseker, Guido Frings, sieht in der Entscheidung des Gerichts keinen Rückschlag für seinen Mandanten in dem Verfahren: „Stattgefundene Reisen werden ohnehin nicht bestritten.“



Glaeseker, Wulff 2010

NIGEL TREBLIN / DAPD

FINANZEN

## Immer diese Nörgelei

Die Bundesregierung ist vom dauernden Wehklagen der Kommunen über ihre angespannte Finanzlage genervt. Am vergangenen Mittwoch beauftragte das Kabinett Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU), so schnell wie möglich eine Übersicht über die Leistungen zu erstellen, die der Bund den Kommunen über die Länder zukommen lässt. Die Nörgelei der Kommunen stößt bei Union und FDP schon deshalb auf wenig Verständnis, weil der Bund in den vergangenen Jahren die Kommunen zunehmend finanziell gepöppelt hat. So will der Bund unter anderem ab 2014 die kompletten Kosten für die Grundsicherung im Alter in Höhe von vier Milliarden Euro jährlich übernehmen. Außerdem hatte Schäuble im Rahmen der Verhandlungen über den Fiskalpakt erklärt, sich an der Eingliederungshilfe für Behinderte in Milliardenhöhe zu beteiligen.